

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

und Portefeuille-Zeitung

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 27 .: 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10 b .: Telephon: Amt Kochplatz, 2120

Berlin, den 4. Juli 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Auf-
lösung der Ortskrankenkasse der Sattler und verw. Ge-
werbe zu Berlin. — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im
Jahre 1912. II. — Bericht von der Valtationsjour nach
Est- und Westpreußen. — Aus unserem Beruf. — Aus
anderen Organisationen. — Kunstschau. — Adressenände-
rungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 6. bis 12. Juli ist
der 28. Verbandbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind wir nicht
in der Lage, alle zurzeit beim Zentralvorstand
gemeldeten Lohnbewegungen an dieser Stelle
anzugeben bzw. vor Zugzug zu warnen. Des-
halb werden die Kollegen in ihrem eigenen
Interesse eruchtet, bei Arbeitsannahme in an-
deren Städten sich zuvor bei der dortigen Orts-
verwaltung zu erkundigen.

Apolda. Die Apollowerke sind für Sattler
gesperrt.

Breslau. Die Taschen- und Kofferfabrik
H. Krause ist gesperrt.

Gera, N. Sämtliche Arbeiter der Ka-
rosseriefabrik Peter Saal stehen seit dem
20. Juni im Streik.

**Auflösung der Ortskrankenkasse der
Sattler und verw. Gewerbe zu Berlin.**

„Das ist der Hund der bösen Tat, der fortzen-
gend Böses muß gebären.“ Unwillkürlich fällt einem
dieser Spruch ein, wenn man von der neuesten Ver-
fügung des Kgl. Oberversicherungsamtes Berlin
Kenntnis nimmt, wonach auf Grund des § 240 der
Reichsversicherungsordnung verschiedene Ortskrankenkassen
aufgelöst und die Versicherten der allgemeinen
Ortskrankenkasse zugeführt werden sollen. An sich ist
gegen eine Zentralisation nichts einzuwenden, nur
müßte diesem Vorhaben eine gewisse Logik zugrunde
liegen. Doch hier kann man sagen: „Wies treffst
treffst.“ Einige Kassen sollen aufgelöst werden, weil
sie nur unerheblich über die gesetzlich
vorgeschriebenen Leistungen hinausgehen,
die der Sattler, weil sie beträchtlich über die
gesetzlichen Leistungen hinausgehen. Doch wir wollen
die Verfügung, die dem Vorstand der Ortskrankenkasse
der Sattler zugegangen ist, der Öffentlichkeit
nicht vorenthalten und sie in ihrem Wortlaut hier
wiedergeben:

Königl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin
Tgl.-Nr. W. N. 443. 13.
Charlottenburg, den 29. Mai 1913.
Berliner Straße 11.

Entscheidung.

*Die Ortskrankenkasse der Sattler und verwandten
Gewerbe zu Berlin wird als besondere
Ortskrankenkasse nicht zugelassen.

Die Kasse, die bereits vor dem Jahre 1884 be-
standen hat, zählt nach dem Durchschnitt der letzten
drei Kalenderjahre 4582 Mitglieder. Sie erhebt
einen Beitrag von 4 Prozent des durchschnittlichen
Tagelohnes und gewährt ihren Mitgliedern Leistungen,
die über die gesetzlich vorgeschriebenen hinaus-
gehen, insbesondere gibt sie das Krankengeld schon
vom ersten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab,
für jeden Arbeitstag einschließlich der auf einem
Wochentag fallenden Feiertage in Höhe von 60 Pro-
zent des durchschnittlichen Tagelohnes und bei einer
Mitgliedschaft von über 26 Wochen für die Dauer
von 52 Wochen. Der Reservefonds, der 164 775 Mk.
betragen müßte, beträgt 182 223 Mk. Bestehen hier-
nach gegen die Annahme der dauernden Leistungs-
fähigkeit der Kasse auch keine Bedenken, so muß die
Kasse doch auf Grund des § 240 Ziffer 2 der Reichs-
versicherungsordnung von der Zulassung ausge-
schlossen werden.

Für den Bezirk des Versicherungsamtes Berlin
soll mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes
die vorhandene Allgemeine Ortskrankenkasse zu einer
allgemeinen Ortskrankenkasse gemäß Artikel 15 Ab-
satz 2 des Einführungsgesetzes zur Reichsversiche-
rungsordnung ausgeschaltet werden. Ihr fällt die
Aufgabe zu, vom 1. Januar 1914 ab den Versicherten,
die das Gesetz den allgemeinen Ortskrankenkassen
auferlegt, in einer der Bedeutung ihres Status ent-
sprechenden Weise gerecht zu werden. Die Kasse zählt
nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre 86 835
Mitglieder. Diese Zahl ist zu gering im Verhältnis
zur Gesamtzahl der Ortskrankenkassenpflichtigen
Personen Berlins — etwa 600 000. Die Kasse um-
faßt ferner zurzeit nur solche Berufszweige und Ver-
sicherte, für die nicht besondere Krankenkassen be-
stehen. Die gesetzmäßige Höhe des Reservefonds ist
nicht erreicht. Die Leistungen beschränken sich bei
einem Kassenbeitrag von 3½ Prozent des durch-
schnittlichen Tagelohnes im wesentlichen auf die
Mindestleistungen des Gesetzes und werden von
anderen bestehenden Ortskrankenkassen des Bezirks
weit übertroffen. Bei Berücksichtigung der örtlichen
Verhältnisse ist es hiernach ausgeschlossen, daß die
Kasse in ihrer jetzigen Zusammensetzung den Anfor-
derungen der Reichsversicherungsordnung genügen
kann. Es ist eine zwingende Notwendigkeit, durch
Erhöhung der Mitgliederzahl und durch Zuführung
von guten Versicherungsrisiken eine gesicherte Lei-
stungsfähigkeit der allgemeinen Ortskrankenkasse zu
schaffen und einer Gefährdung der Leistungsfähig-
keit für die Zukunft vorzubeugen. Dies kann nur
durch Nichtzulassung einer größeren Zahl von an-
deren leistungsfähigen Ortskrankenkassen geschehen.
Das Oberversicherungsamt hat in freiem Ermessen
angenommen, daß die Ortskrankenkasse der Sattler
und verwandten Gewerbe zu denjenigen Kassen ge-
hört, deren Fortbestand die Leistungsfähigkeit der
allgemeinen Ortskrankenkasse des Bezirks gefährden
würde.

Man wird wahrscheinlich Jurist sein müssen,
um das verstehen zu können. Also, trotzdem die
Kasse Leistungen gewährt, die beträchtlich über die

gesetzlichen hinausgehen, trotzdem eine verständige
Massenverwaltung dafür gesorgt hat, daß die finan-
ziellen Verhältnisse der Kasse günstig genannt wer-
den können, trotzdem nach dem eigenen Urteil des
Oberversicherungsamtes an der dauernden Leistungs-
fähigkeit der Kasse nicht gezweifelt wird, trotzdem
oder richtiger gerade deshalb muß sie aufgelöst wer-
den. Sie gefährdet eben nach dem freien Ermessen
des Oberversicherungsamtes die zukünftige Allge-
meine Ortskrankenkasse, die ohne den Mitglieder-
bestand der Sattlerkasse nicht leistungsfähig wäre.

Nun ließe sich ja gegen eine vernünftige Zent-
ralisation gar nichts einwenden. Ist doch gerade
das Verlangen nach einer vollständigen Zusammen-
legung aller an einem Orte bestehender Orts-
krankenkassen eine alte Forderung der Arbeiterklasse.
Aber man sollte meinen, wenn eine nur teilweise
Zusammenlegung von Krankenkassen erfolgt, das zu-
nächst die Krankenkassen aufgelöst werden, die die
Allgemeinheit am meisten schädigen. Dem ist aber
nicht so. Sicherem Vernehmen nach sollen bei den
Zunungs- und Betriebskrankenkassen besondere Ver-
änderungen nicht eintreten.

Also, die Zunungskrankenkassen, von denen ein
Teil nicht leben und nicht sterben kann, deren Auf-
lösung schon im Interesse ihrer Mitglieder dringend
geboten wäre, sie bleiben bestehen. Ja, es ist sogar
die Neuerichtung von Zunungskrankenkassen, ganz
unabhängig von der Mitgliederzahl, möglich und wird
sogar wahrscheinlich „um den Zunungsgeboten zu
beleben“ in liebevollster Weise gefördert werden. Und
nun erbt gar die Betriebskrankenkassen, die versiche-
rungsrechtlich genommen, die größten Schädiger der
Allgemeinheit sind, die infolge der in den meisten
Betrieben üblichen ärztlichen Untersuchungen mit
geradezu rücksichtsloser Brutalität nur den jungen
und kräftigen Arbeiter aufnehmen, um ihn dann nach
seiner Ausmergelung huldvollst den anderen Kranken-
kassen zu überlassen, denen soll kein Haar gekrümmt
werden.

Und das sollen wir nun alles verstehen und für
gut und weise befinden. Aber schließlich liegt die
Schuld an dieser neuerlichen Entfälschung nur an
uns selbst. Logik und Gerechtigkeit vom grünen
Tische aus zu erwarten, hätten wir uns schon längst
abgewöhnen müssen.

**Die deutschen Gewerkschaftskartelle
im Jahre 1912.**

II.

Die Tätigkeit der Kartelle erstreckt sich auf die
Förderung der Gewerkschaftsagitation, der Er-
ziehungs- und Bildungsarbeit, auf die Rechtsbeleh-
rung und Rechtshilfe, auf die Förderung des Ar-
beiterjohannes, auf die Herbeiführung einer guten
Interessenvertretung der Arbeiter bei Wahlen zu
sozialpolitischen Körperschaften und im Bedarfsfalle
auf die Mitwirkung bei Unterstützungsaktionen der
Gewerkschaften.

In bezug auf die Förderung der Gewerkschafts-
agitation ergibt die Statistik des Berichtsjahres
leider keine völlig befriedigenden Resultate.
Es wurden von den Kartellen 3288 Versammlungen
veranstaltet. Referentennachweise bestanden an
52 Orten. Die Gesamtzahl der statistischen Er-
hebungen betrug 114, davon entfielen auf Arbeitslohn-
zahlungen 27. Vergleicht man diese Ergebnisse mit
denen früherer Jahre, so zeigt es sich, daß die Kar-
telle sich von ihrem ureigensten Gebiet, die Förde-
rung der Gewerkschaftsagitation, immer mehr und

mehr zurückzuführen lassen und damit eine geringere Tätigkeit entfalten. Wegen das Jahr 1905 wurden 382 Versammlungen weniger abgehalten und die Zahl der Erhebungen hat sich um 17 vermindert. Dabei noch zu berücksichtigen ist, daß seit 1905 der Kartellbestand sich von 465 auf 717 vermehrt hat. Etwas besser sieht es hinsichtlich der Arbeiterinnenagitation aus; die Zahl der hierfür eingesetzten Vertrauenspersonen und Agitationskommissionen stieg von 62 auf 101, hielt also wenigstens mit der Vermehrung der Kartelle Schritt. Aber noch immer entbehren über 80 Prozent der Kartelle solcher Einrichtungen. Dagegen wurde der Lokal- und Provinzialfrage erheblich gesteigerte Aufmerksamkeit zugewendet. Es wurden 1912 unterhalten 29 Versammlungssäle und 77 Gewerkschaftshäuser. Unter der Kontrolle der Kartelle stehen 49 Herbergen bei Gastwirten und 36 Kartelle haben Herbergen in eigener Regie. 1905 waren insgesamt 365 solcher Einrichtungen vorhanden, vor allem liegt die Zahl der Gewerkschaftshäuser im das Dreifache. Der hohe Wert der Gewerkschaftshäuser für die Gewerkschaften und ihre Wirksamkeit am Orte soll keineswegs unterschätzt werden. Wo es an ausreichenden Versammlungsräumen fehlt und solche auch durch Kämpfe nicht zu erlangen sind, da bleibt den Gewerkschaften schließlich nichts anderes übrig, als selbst für solche zu sorgen. Doch sollte an die Errichtung eigener Gewerkschaftshäuser mit großer Vorsicht herangegangen werden, da diese Gründungen hohe finanzielle Anforderungen an die Gewerkschaften stellen und die eigene Regie häufig eine Quelle zahlloser Mißbelästigungen bildet, deren Austragung in Gewerkschaftsreisen der Agitation nicht förderlich ist.

Für die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Kartelle kommt, soweit sie nicht aus der Agitation selbst bestritten wird, die Unterhaltung von Bibliotheken und Lesezimmern, die Einrichtung von Unterrichtskursen sowie die Einsetzung von Bildungsausschüssen und Jugendkommissionen in Betracht. Vergleichen wir auch hier, was die Kartelle auf diesem Gebiet früher leisteten und was sie heute leisten, so zeigt sich hier ein ganz eminenter Fortschritt.

Es hatten von den Gewerkschaftskartellen im Jahre

	1905	1910	1912
Gemeinsame Bibliotheken	252	493	581
Lesezimmer	30	71	98
Bildungsausschüsse	—	202	429
Jugendkommissionen	—	293	413

Die Zahl der Bibliotheken und Lesezimmer ist in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt worden. Daneben wurde, gewissermaßen als Neuland, die Bildungsorganisation und Jugendpflege systematisch in Angriff genommen und aus dem Nichts heraus über 400 Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen geschaffen. Ein weitverzweigtes Netz von Institutionen der Volksbildung, zum Teil mit besoldeten Sekretären, ist heute vorhanden und wenn die Statistik auch über die Zahl der von diesen Einrichtungen ausgehenden Veranstaltungen und Kurse keine Auskunft gibt, so ist doch an ihrer fruchtbringenden Tätigkeit nicht zu zweifeln. Schon die kräftigsten Bemühungen und immensen Aufwendungen für die nationalitistische Jugendfürsorge und der geschäftige Kampf, der gegen unsere Jugendbewegung geführt wird, lassen erkennen, wie unsere Gegner diese Wirksamkeit einschätzen.

Auf dem Gebiete der Rechtsbelehrung und Rechtshilfe ist das Wirken der Gewerkschaftskartelle mustergültig geworden. Es bestanden: 1912: 106 Arbeitersekretariate und 212 Anwaltsbüros. Heber die Tätigkeit dieser Institutionen wird später in einer besonderen Statistik berichtet werden.

Für die Förderung des Arbeiterschutzes, der ja auch die vorerwähnten Rechtshilfeeinrichtungen in nicht geringem Umfange dienen, hat ein Teil der Kartelle besondere Kommissionen für die Vermittlung von Beschwerden an die Gewerbeinspektion, für Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber und für Bauarbeiterbeschäftigung eingesetzt. Mit Ausnahme der letzteren zeigt sich aber auf diesem Gebiete ein Rückschritt, der besonders hinsichtlich der Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges augenfällig ist. Es bestanden nämlich bei den Kartellen:

Kommissionen für	1905	1910	1912
Beschwerden an Gewerbeinspektionen	149	189	133
Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges	129	48	42
Bauarbeiterbeschäftigung	195	228	287

Der Rückgang der Beschwerdekommis-sionen könnte durch die Zunahme der Arbeitersekretariate hinreichend erklärt werden; dies trifft indes für das fast völlige Verschwinden der Kost- und Logis-Kommissionen nicht zu und es ist nur zu be-

deuern, daß das Interesse der Kartelle für diese Aufgabe je geschwunden ist, denn sicherlich bleibt auf diesem Felde noch genug zu tun übrig. Wenn die Zahl der Bauarbeiterbeschwerdekommis-sionen mit der Zunahme der Zahl der Kartelle nicht gleichen Schritt gehalten hat, so hat dies weniger zu bedeuten, da hier die Bezirksgliederung die Läden an einzelnen Orten ausfüllt.

Heber die Beteiligung der Gewerkschaftskartelle an Arbeitervertreterwahlen besagt die Statistik, daß 288 Kartelle (1910 = 264, 1905 = 175) im Berichtsjahre für diese Zwecke Aufwendungen finanzieller Art zu machen hatten. Es liegt auf der Hand, daß sich die Wirksamkeit der Kartelle für diese Aufgabe nicht in der Ausgabe von Geldmitteln erschöpft, sondern daß ein erhebliches Maß von Agitationsarbeit damit verbunden ist, und zwar dürfte dies unterschiedslos alle Kartelle treffen, wenn auch nicht in jedem Jahre Arbeitervertreterwahlen durchzuführen sind.

Angesichts der Steigerung der Arbeiten der Kartelle auf einer Reihe von Gebieten hat sich in vielen Städten bereits die Errichtung besonderer Gewerkschaftsbüros mit besoldeten Kräften notwendig gemacht. Im Berichtsjahre waren 20 solcher Büros (1910: 18, 1905: 6) vorhanden, während in den meisten Städten die Arbeitersekretariate zugleich die Verwaltungsarbeiten der Kartelle übernehmen.

Bericht von der Agitationstour nach Ost- und Westpreußen.

Um den schon oft geäußerten Wünschen der Königsberger Kollegen, wieder einmal einen Agitationsversuch im Osten zu unternehmen, entgegenzukommen, teilte um die Königsberger Kartelle wieder etwas zu beleben und zum andern für die Organisation neue Mitglieder zu werben, unternahm Schreiber dieses eine vom 29. Mai bis 8. Juni währende Agitationstour nach Ost- und Westpreußen. Besucht wurden Landsberg a. W., Thorn, Allenstein, Königsberg, Elbing, Danzig, Stolp und Dirschau. Aufnahmen wurden gemacht in Landsberg 6, Thorn 5, Königsberg (öffentliche Versammlung) 3, Elbing 3, Danzig 1 und Dirschau 5, während es weder in Allenstein noch in Stolp gelang, etwas zu erreichen.

Wer die Entwicklung unserer Organisation in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, dem wird der Stillstand der Organisation im Osten nicht entgangen sein. Es ist deshalb Pflicht nicht nur der Funktionäre, sondern aller im Osten arbeitenden Kollegen, in ihrem eigenen Interesse für die weitere Ausbreitung der Organisation zu wirken. Damit durch den Druck der Organisation auch dort die Lohn- und Arbeitsverhältnisse endlich einmal bessere werden. Bisher war leider alle Aufklärungsarbeit in diesen Gegenden an dem Individualismus der dortigen Kollegen gescheitert, so daß bereits von verschiedenen Seiten der Gedanke auftauchte, ob es überhaupt noch einen Zweck hätte, für die dortige Agitation Geld auszugeben.

Zum Glück aber darauf, daß ein großer Teil unserer Mitglieder sich aus diesen Gegenden rekrutiert, daß dort die Lohn- und Arbeitsverhältnisse äußerst traurige sind, daß die von dort kommenden Kollegen dann später in Gegenden, wo infolge des Wirkens der Organisation die Verhältnisse bessere sind, nicht selten als Lohnrücker auftreten, hat die Organisation ein lebhaftes Interesse daran, diese Kollegen über die menschenunwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen sie arbeiten, aufzuklären und ihnen den Weg zu weisen, auf dem sie eine Besserung ihrer traurigen Lage erreichen können.

Ein erschwerendes Moment, welches die Agitation in Ost- und Westpreußen ungünstig beeinflusst, ist vor allem das Fehlen jeglicher Industrie. Das Kleinrentierertum herrscht vor, sind doch Betriebe von 10 und mehr Kollegen in beiden Provinzen, außer in Königsberg, gar nicht vorhanden. Die Kleinrentier wiederum betreiben eine ausgedehnte Behringstätigkeit. Diese Behrlinge, sie mögen etwas gelernt haben oder nicht, werden, wenn sie ihre Lehrtätigkeit beenden, einfach auf die Straße gesetzt, um neuen Platz zu machen. Weiter ist infolge des Abwanderns gerade der tüchtigsten Kollegen nach dem Westen ein großer Mangel an agitatorisch tätigen und befähigten Kollegen zu verzeichnen, so daß die Propaganda für die Organisation nicht in dem Maße erfolgen kann, wie es notwendig wäre. Für die Ausbreitung der Organisation aber sowohl die Erläuterung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen im Osten würde es vorteilhafter sein, wenn diese Kollegen nicht bei der ersten besten Gelegenheit nach dem Westen abwandern würden, dort das Angebot an Arbeitskräften vergrößern und lieber toden- und monatelange Arbeitslosigkeit auf sich nehmen, als in der Heimat bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen zu helfen. Daß dieses auch im Osten mög-

lich ist, sehen wir an Königsberg, wo dank der jahrelangen Organisationsarbeit sowie der Mithilfe der dortigen Kollegenschaft nicht bloß die Mitgliederzahl eine günstige Entwicklung aufweist, sondern auch ganz annehmbare Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt werden konnten. Das Resultat würde noch ein besseres sein, wenn nicht Jahr für Jahr ein Teil gerade der befähigsten Kollegen durch die schon erwähnte Abwanderung sich der Mitarbeit entziehen würden. Dagegen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Klein- und Mittelstädten und selbst in Danzig auf einem solchen Tiefstand angehaun, daß eine weitere Verwirklichung kaum möglich ist, so daß selbst der Vorherrscher der Vereinigten Sattlerinnungen Ost- und Westpreußens auf der diesjährigen Tagung in Königsberg die Löhne als wirklich sehr niedrig und verbesserungsbedürftig bezeichnete; wir werden gelegentlich die Herren Sattlermeister an den Auspruch ihres Vorlesenden erinnern.

Durch Rücksprache mit den dortigen Kollegen hat Schreiber dieses festgestellt, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit in Königsberg 10 Stunden, in Stolp, Danzig und Elbing 11 Stunden, in Thorn, Allenstein und Dirschau 12 Stunden und mehr beträgt. Der Lohn dagegen steht im umgekehrten Verhältnis zur Stundenzahl, ist also äußerst niedrig, in Thorn z. B. 14—18 M. pro Woche, also ein Stundenlohn von 19 bis 25 Pf., dazu noch die allen Anforderungen an Licht, Luft und Sauberkeit hochsprechenden Verhältnisse. Glende Kellergewölbe, 3 Meter unter der Straße, dienen fast sämtlichen Kollegen in Thorn als Arbeitsraum, während die Läden der Herren Sattlermeister aufs eleganteste eingerichtet sind. Es wäre zu wünschen, daß sich die Gewerbeinspektion für Westpreußen einmal für diese Verhältnisse interessieren würde. Nehlich liegen die Dinge in allen anderen mittleren Städten. In Dirschau befinden sich die Gehilfen durchaus beim Meister in Kost und Logis und erhalten als Lohn 4 bis 8 M. pro Woche, und nur ein älterer Kollege, ein Wagenhalter, erhält 11 M. In Elbing existiert eine Automobilfabrik, 8 Sattler sind dort beschäftigt, trotz der guten Konjunktur in der Branche arbeiten diese Kollegen für 32 bis 38 Pf. die Stunde, und selbst in Danzig, der teuren Großstadt, werden im Durchschnitt ohne Kost und Logis nur 18 bis 20 M. pro Woche gezahlt. Trotz der hier geschilderten traurigen Verhältnisse brachte es nur ein Teil der in den oben angeführten Städten arbeitenden Kollegen über sich, dem Rufe der Organisation zu folgen, während ein großer Teil der Kollegen durch die überlange Arbeitszeit so abgetaunpft ist, daß er für andere Dinge als Arbeiten, Essen und Schlafen kein Interesse mehr hat.

Angesichts des Zusammenschlusses sämtlicher Arbeitgeber unseres Landes in Ost- und Westpreußen ist es unsere Pflicht, an der Aufklärung der dortigen Kollegen weiterzuarbeiten. Wenn es auch ausgeschlossen ist, die 500 bis 600 in Ost- und Westpreußen arbeitenden Sattlergehilfen jemals insgesamt für die Organisation zu gewinnen, so ist doch begründete Hoffnung vorhanden, namentlich auch durch die für den Osten eingeführte Beitragsermäßigung, der Organisation noch eine Menge Mitglieder zuzuführen. Gelinge es uns nun noch, Mittel und Wege zu finden, die dortigen Kollegen durch agitatorische Kräfte öfter als bisher zu beeinflussen, sie dadurch mehr als bisher über ihre Lage aufzuklären und sie für die Organisation zu interessieren, so wird es in absehbarer Zeit möglich sein, auch aus dem Osten über Fortschritte der Organisation berichten zu können. Rob. Bregzel.

Aus unserem Beruf.

Chemnis kein Sattlerberuf. Alle Kollegen haben das Bestreben, in einer Großstadt ihre Arbeitskraft für bessere Löhne und Bedingungen zu verkaufen. Aber mancher hat leider das Gegenteil erfahren müssen. Wie oft wird den jüngeren Kollegen von ihrem Meister oder in der Innungsversammlung vom goldenen Boden des Handwerks gesprochen, aber oft ist ihnen der goldene Boden unter den Füßen weggezogen worden.

Ein Teil der Kollegen, die schon einmal in Chemnis gewesen sind, wird die trüben Erfahrungen am eigenen Leibe gespürt haben. Hier herrschen zum größten Teil noch ganz verkommen mittelalterliche Zustände. Einige Meister scheinen im Niederbalken des Lohnes und mit der längsten Arbeitszeit zu wetteifern. Langt die Arbeitszeit in der Woche nicht zu, so wird eben jeden Sonntag geküpfert. Natürlich bekommen die Gehilfen nichts dafür. So wollen wir nun einmal eine Stichprobe hernehmen. In der Augusthamburgerstraße wohnt Herr Sattlermeister Rähm, Mitglied der Innung. Die Arbeitszeit geht von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends ohne Frühstück und ohne Kesper, und mittags wird nur gegessen und sofort wird wieder gearbeitet, natürlich meistens nur der Gehilfe und der Lehrling, der Herr Meister wird jedenfalls der Ruhe bedürfen.

Abends bis 7 Uhr ist noch zu kurz, so muß eben etwas dazu gegeben werden, da wird es mandatorial 8 Uhr, ja sogar 1/9 Uhr. Auch jeden Sonntag wird immer gearbeitet, trotzdem es gegen die Gewerbeordnung geht. Für die über zirka 70jährige Wochen- und Sonntagsarbeitszeit erhält der Gehilfen den horrenden Lohn von 11 Mk. Von dieser „guten“ Bezahlung muß sich der Gehilfe noch Kräftigkeit, Besser und Abendbrot kaufen.

Wollte man noch weiter Kritik üben über diese „besseren“ Stellen, so müßte man sich ein ganzes Buch zulegen.

Die Sonntagsarbeit, welche bei manchem Meister wie angemannt ist, mußte die Gewerbeinspektion Chemnitz I veranlassen, bei Herrn Obermeister Vogel, Treddemerktrage, vorstellig zu werden, um den Herrn Obermeister auf sein gegenwärtiges Treiben aufmerksam zu machen. Trotzdem hat der Herr Obermeister einen Gehilfen jeden Sonntag wieder fronen lassen, sogar auf Bügelreparatur, welche wohl auch Wochentags gemacht werden könnte. Baron, Herr Vogel hat nicht fronen lassen, sondern hat die letzten Male seine milde Hand aufgetan. Soll einem nicht die Note impartieren, wenn man nicht arbeiten lassen darf, und Herr Sattlermeister Becker an der Hochpauertrage läßt jeden Sonntag arbeiten. Auch andere Meister betreiben Sonntags die gefekwidrige Beschäftigung.

Die Innung folgt fleißig bemüht sein, Aufträge für die Militärverwaltung in ihre Hände zu bekommen. Hoffentlich zahlen sie dann auch die Löhne nach jächsischem Tarif. Die lange Arbeitszeit und die niedrigen Löhne, die Sonntagsarbeit, sowie das Fronen und das Ausbeuten wären schon lange befristigt, wenn sich die Kollegen der Organisation anschließen würden. Deshalb alle ihr lauen und trügen Kollegen auf in den Verband.

Wie Jahre Buchhaus erhielt der 22 Jahre alte Sattlergehilfe Hermann Staude aus Ertigau vom Schwurgericht Schweidnitz zerteilt, weil er, wie wir in Nr. 21/1913 bereits mitteilten, den Werkmeister Dante der Miesenteldischen Taschentabrik zu erschließen versuchte.

Aus anderen Organisationen.

Ein Jubiläum. Die Jubiläumstagen in den letzten Wochen haben allen kriegervereinsspezifischen Kurzausschreibern die willkommenen Gelegenheit, ihren Hochpatriotismus zu bezeugen, um so im Nebel von dem „organistisch“ gefärbten Geschichtsbildungsstreben möglichst viel zu verbergen. Das ererbte, ständige Volk ist aus bekannten Gründen fast bis ans Herz geblieben und konnte dem allgemeinen Furchtschreien seinen Gehorsam abgewinnen. Sind doch alle derartigen Veranstaltungen nur Augenpflaster, mit dem einzigen Zweck, Denkfaule über die Mißere der Zeit hinwegzutäuschen. Ganz anders wirken die Gedenktage innerlich der modernen Arbeiterbewegung. Der „Grundstein“, Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, konnte am 24. Juni auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken, weshalb auch die Nr. 2 als Festausgabe erschienen ist. An diesem Jubiläum nehmen alle Arbeiter herzlichen Anteil; ist doch der „Grundstein“ stets ein führendes Organ der modernen Arbeiterbewegung gewesen und hat uns zickler den Weg im Verzeinsstempel gezeigt. Wenn wir uns bei dieser Gelegenheit mit in die Reihe der Gratulanten stellen, so wünschen wir aufrichtig die Auflage von 558 000 möge bald der von 500 000 weichen. — Die Gewerkschaften sind zum großen Teile davon abgekommen, ihre Verbandstage oder Generalversammlungen in den Wochen, in denen die geschäftlichen Feiertage fallen, abzuhalten. Zum Teil liegt es daran, daß die Tagungen eine ganze Woche in Anspruch nehmen, zum anderen Teil will man den Delegierten nicht die paar freien Tage im Jahre rauben und sie ihren Familien entziehen. Im Laufe des Monats Juni haben eine ganze Reihe solcher Verbandstage stattgefunden. Es würde zu weit führen, hier eingehend darüber zu berichten, nachdem die Tagespresse ihre publizistische Pflicht bereits erfüllt hat. Wir beschränken uns also auf die sinngemäße Wiedergabe der wichtigsten Beschlüsse. Der Verband der Putzarbeiter vertrat auf seinem vom 9. bis 14. Juni in Berlin abgehaltenen Verbandstage die Frage der Verschmelzung mit den Verbänden der Blumenarbeiter und der Kürschner, nachdem die Zahlstellen des Putzarbeiterverbandes bei einer Umfrage eine Verschmelzung gegenwärtig als verfrüht bezeichnet haben. Bezüglich der Invalidentasse des Verbandes waren Bedenken ob der dauernden Erfüllung ihrer Verpflichtungen entstanden, da der Beitritt fakultativ ist und heute schon die Zahl der Bezugsberechtigten in einem ungünstigen Verhältnis zu den Beitragszahlern steht. Der Beitritt obligatorisch für alle Mitglieder zu machen, lehnte der Verbandstag ab und beschloß vielmehr, die Invalidentasse langsam eingehen zu lassen dergestalt, daß neue Mitglieder nicht mehr aufgenommen werden. Die Beitragsfrage erfuhr eine Neu-

regelung dadurch, daß alle Zahlstellen verpflichtet wurden, Lokalbeiträge von mindestens 10 Pf. pro Woche für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder einzuführen. Damit sollen gleichzeitig die Zahlstellen bei großen Zerfalls und dergleichen aufgehoben sein. Die aus solchem Anlaß erforderlichen Umlagen der Generalkommission sollen dann aus den Beständen der Lokalstellen gedeckt werden. Die Arbeiterlosenunterstützung wird künftig außer nach Beitragsklassen auch nach der Mitgliedschaftsdauer gestaffelt. Die Arbeiterlosenunterstützung wurde von 80 Pf. auf 1 Mk. pro Tag erhöht. — In der Woche vom 16. bis 21. Juni fand in Stuttgart der 12. Verbandstag der Buchbinder statt. Ueber Magdeburgerland und Kassengebarung haben wir bereits in einer der letzten Nummern berichtet, können also diesen Teil der Tagesordnung übergehen. Eingehend wurde der Punkt „Kohlebewegung“ besprochen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß in den Tarifen festgelegt werden soll, was Frauen- und was Gehilfenarbeit ist. Der freie Samstagvormittag darf nicht auf Kosten der Arbeitszeit an den übrigen fünf Wochentagen erlitten werden, ebenso sollen nicht alle Tarife an einem Termin ablaufen. Die Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfrage mußte zweimal einer Kommission überwiesen werden, da in München auf die Mitglieder, die Delegierten einer wesentlichen Beitragserhöhung nicht imphastisch gegenüberstanden, trotzdem der Kassierer feststellte, daß die Ausgaben für weibliche Mitglieder weit höher sind, als wie die von ihnen geleisteten Beiträge. Schließlich kam ein Kompromiß zustande, wonach die Beiträge im Verhältnis zu dem Verdienst festgelegt werden sind. Weibliche Mitglieder mit einem Wochenverdienst bis 8 Mk. zahlen 20 Pf., bis 12 Mk. 25 Pf., über 12 Mk. 35 Pf. Beitrag. Männliche Mitglieder zahlen bis 8 Mk. Wochenverdienst 20 Pf., bis 12 Mk. 25 Pf., bis 15 Mk. 35 Pf., bis 24 Mk. 50 Pf. und über 24 Mk. 80 Pf. Die vom Vorstand unterbreitete Funktionärversicherungsvorlage wurde einstimmig angenommen. Die Beiträge, pro Mitglied und Jahr 10 Pf., zahlen die Verwaltungsstellen, ebensoviel die Zentralstelle. Unterstützung erhalten alle Beamten und nichtangeleitete Funktionäre, wenn sie bei ihrer Tätigkeit für die Organisation einen Unfall erleiden. Es erhalten im Krankheitsfalle Verheiratete 10 Mk., Ledige 6 Mk. die Woche, nach Aussteuerung in der Krankenkasse das Doppelte. Sterbegeld Verheiratete 150 Mk., Ledige 75 Mk. Witwenunterstützung 240 Mk. Jahresrente, Wollwollbedien, Verheiratete 300, Ledige 240 Mk. pro Jahr, Halbwollbedien die Hälfte. Die Beamten des Vorstandes, der Redakteur und Ausschussvorsitzende wurden wiedergewählt. — Die an Mitgliedszahl größte Gewerkschaft der Welt, der Metallarbeiterverband, tagte ebenfalls vom 16. bis 21. Juni in Breslau. Zum größten Teile wurden rein organisatorische Fragen erledigt, wobei bemerkenswert ist, daß alle Anträge auf Beitragsänderung abgelehnt wurden. Eine 14gliedrige Kommission soll dem nächsten Verbandstag Vorschläge bezgl. der Staffelleistungen machen. Die Arbeiterlosenunterstützung wurde von 1 Mk. auf 1,25 Mk. pro Tag erhöht und die Bezugszeit auf 60 Tage ausgedehnt. Die Bezugsberechtigtensdauer bei allen Unterstützungsarten wird von 52 auf 72 Wochen verlängert. Das Referat Kasparich über: „Sundfate und Karriere und ihren Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse“ soll in Broschürenform der weitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Besoldungsverhältnisse der Verbandsangestellten wurden in Anbetracht der verteuerten Lebenshaltung wesentlich aufgebessert. — Der Verband der Buchbinder, die festgefüllteste Berufsorganisation, hielt in derselben Woche in Danzig seine achte Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, welche Vorteile sich für die Mitglieder erzielen lassen, wenn sie, wie hier, zu 90 Proz. organisiert sind und auch für ihren Verband Beiträge aufbringen, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Trozdem soll von einem weiteren Ausbau der Unterstützungsabteilung abgesehen werden, um den gewerkschaftlichen Charakter des Verbandes nicht zu beeinträchtigen. Insbesondere machte sich eine Minderung in der Krankenunterstützung notwendig. Durch die Reichsversicherungsordnung wird angekrebt, das zu gewöhnliche Krankengeld auf sieben Tage in der Höhe des örtlichen Tagelohnes zu bemessen. Am die Armenrats der Gemeinden zu entlasten, bestete außerdem das Bestreben, auch die unabhängigen Arbeiter in die Krankenversicherung einzubeziehen. Doch alle diese Maßnahmen eine gewaltige Steigerung der Kosten für die Krankenversicherung mit sich bringen müßten, siehe außer Zweifel. Das werde aber auch eine bedeutend stärkere Heranziehung der höherentlohnenden Arbeiter zur Folge haben. Unter diesen Umständen eine Beitragserhöhung im Verband eintreten zu lassen, lediglich deshalb, um eine Erhöhung der Krankenunterstützung zu ermöglichen, das sei als ausgeschlossen zu betrachten. Auch für unsern Verband sind diese Argumente maßgebend und wird unter Verbandstag

1915 in Leipzig ebenfalls Stellung dazu nehmen müssen, um so mehr die Krankenunterstützung weit höhere Mittel als wie die Arbeiterlosenunterstützung erfordert. Die vom Verbandstage eingesetzte Sonderkommission machte den Vorschlag, es bei dem bisherigen Beitrag zu belassen und nur einige Unterstützungsarten mit Ausnahme der Krankenunterstützung zu reformieren. Hierdurch erwacht der Verbandstage eine Mehrausgabe von jährlich 250 000 Mark. Für unsere Verhältnisse ganz enorm erscheinend ist die Arbeiterlosenunterstützung. Wer sechs Wochen Beiträge geleistet hat und sich auf die Meise begibt, kann 175 Tage pro Tag 1 Mk. Arbeiterlosenunterstützung beziehen. Bei Zwöckiger Vertragsleistung pro Tag 1,50 Mk. auf die Dauer von 175 Tagen und nach 250 Wochenbeiträgen für 280 Tage. Für die Arbeiterlosenunterstützung gelten folgende Sätze:

bei 75 Beiträgen	1,25 Mk. bis zu 10 Woch.	= 70 Tage
" 150 "	1,75 " " 20 "	= 140 "
" 500 "	1,75 " " 80 "	210 "
" 750 "	1,75 " " 40 "	280 "
" 1000 "	2, — " " 40 "	280 "

Die für alle Gewerkschaften vorbildliche Tarifgemeinschaft im Buchdruckerberuf wurde durch ein interessantes Referat des Verbandsvorsitzenden eingeleitet und die gelegentlich des letzten Tarifabschlusses geübte Kritik eingehend besprochen. Die technische Entwicklung im Gewerbe erfordert ein stets wachsendes Auge aller Verbandsinstanzen, um die üblen Folgen für die Mitglieder abzuwehren. Zwei in diesem Sinne gefasste Resolutionen fanden einstimmige Annahme. Eingehend wurde die Spartenfrage (Brancheneinteilung) besprochen, wozu 61 Anträge vorlagen, die zum größten Teile darin gipfelten, jeder Sparte besondere Selbständigkeit zu wahren. Diesen Wünschen wurde vom Vorstand im Interesse der Einheitslichkeit entgegengetreten und beschlossen: Die Vorsitzenden der Zentralkommission sind zu den Gewerkschaftskonferenzen mit beratender Stimme zuzuziehen. Diese Zugewinnung hat nur dann zu erfolgen, wenn direkte Spartenfragen zu behandeln oder wenn vor Tarifrevisionen die tariflichen Fragen zur Erörterung kommen. Die Anträge zwecks Obligatorium des „Korrespondenten“, der in einer Auflage von 50 000 dreimal wöchentlich erscheint, wurde wegen der zu hohen Kosten für die Verbandskasse abgelehnt. Es bleibt somit dabei, daß die Mitglieder zu einem Kreise von 0,65 Mk. pro Quartal die Verbandszeitung beziehen können. In großartiger Weise haben die Delegierten die 25jährige Tätigkeit Döblins als Verbandsvorsitzender gewürdigt, dem es vergönnt war, unter seiner Leitung die Buchdruckerorganisation zu ihrem Ansehen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu bringen. Auch wir gratulieren! —

Vom 9. bis 11. Juni waren die Vertreter des **Christlichen Arbeiterverbandes** zur 7. Generalversammlung in Offenbach a. M. beisammen, um in bewegten Worten über die Individualität der freien Gewerkschaften, insonderheit des Sattler- und Portefeulterverbandes, Lage zu führen. In bekannter Bahrtreue wurde uns der Vorwurf des Vertragsbruchs gemacht und sonstige Verbandswürdigkeiten an den Kopf geworfen. Die Herren waren ja unter sich und konnten dort ungehört als verfolgte Unschuld auftreten. Auf den verständigen Teil der Zuhörer machten diese Märchenzählungen keinen Eindruck, denn sie konnten die Auffassung nicht aus der Welt schaffen, daß es doch andere Gründe sein müssen, wenn mehr als 80 Proz., ca. 5000 von den Neuaufnahmen und Uebertritten bei einem Mitgliederstand von 5986, wieder ausgeschieden sind und weitere ausscheiden werden. Doch darüber spricht man nicht. Welch vernünftiger Mensch kann es auf die Dauer aushalten, wenn, anstatt Arbeiterinteressen wahrzunehmen, der Hauptanteil der Organisationsarbeit sich auf die Beschimpfung und Verleumdung Anbessener erstreckt? Die 1. Beitragsklasse, wöchentlich 20 Pf., wurde abgeschafft und soll in Zukunft 30 Pf. der niedrigste Beitrag sein. Neueingeführt wurde der 65-Pf.-Beitrag, obgleich die Zahl der den höchsten Beitragsklassen (45 und 55 Pf.) angehörenden Mitglieder bisher nicht zufriedenstellend war. Das Verbandsorgan soll achtjährig erscheinen, wenn eine Mitgliederzahl von 7000 erreicht ist. Wie die Dinge liegen, wird es mit der Einlösung dieses Beschlusses noch gute Weile haben und kommt die Deklaration vorläufig nicht in die Verlesung, in noch kürzeren Zeitabschnitten die moderne Arbeiterbewegung zu verunglimpfen. Trozdem den Christen nichts verhasster als die freie Arbeiterbewegung ist, generieren sie sich nicht, ihre Einrichtungen ebenfalls nachzumachen und mit fremdem Kalbe zu pflügen. Der neueste Zweig der Arbeiterbewegung, die „Volkshilfe“ wird auch bei den Christen, wenn auch unter anderem Namen, eingeführt. Die Vorteile des Hausarbeitergesetzes sind nach der jetzigen Ansicht der Christlichen nicht sonderlich groß, obgleich sie noch bei Beginn des Vorjahres die soziale Tat des verflorenen Reichstages nicht genug rühmen

konnten und die „Ketten“ wegen ihres abweichenden Standpunktes verhöhnten. Soweit unser Verzug in Frage kommt, ist die christliche Organisation in Arbeitsträgern ohne Bedeutung und wird es auch bleiben, so lange ihre Führer in der behäbigen Weise arbeiten.

Nach 17wöchiger Dauer wurde der Streit der Arbeiterfelder Karber abgebrochen und die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Dieses traurige Resultat ist ohne Zweifel auf das verräterische Gebahren der Christlichorganisierten zurückzuführen, die bekanntlich nach dreitägigem „Kampfe“ die Klinte ins Meer warfen. Unter diesen Umständen verzichteten auch die Karber in Oberfeld auf eine Lohnbewegung; inwiefern gewähren die Arbeitgeber den letzteren eine geringe Lohnzulage. — Obgleich der Streit in der Zigarorien- und Maffeeserragalfabrik Wehr. F. Weich in Kranen-dorf bei Steinf. bereits die 11. Woche andauert, will die Firma, deren Kundenschaft sich nur aus Arbeitern rekrutiert, die Löhne Erwaschener, 21 oder 30 Pf. die Stunde, nicht verbessern. Die Arbeiter durch Deutschland wird den Maffeeserragalfabrik der Firma F. Weich solange keinen Bescheid abgeben, bis sie sich bequemt, den berechtigten Forderungen nachzugeben.

Rundschau.

Reichstags-Ferien! Nachdem der Reichstag das „große nationale Werk“ — die Militärordnungen verabschiedete — unter Dach und Fach gebracht hat, ist er am Montag dieser Woche bis zum 21. November in die Ferien gegangen. In den letzten Tagen ist es im Reichstag noch zu überaus interessanten Szenen gekommen, zu Szenen, die in dem Zusammenstoß zwischen dem Reichstagskanzler und dem Gewissen Scheidemann ihren Höhepunkt erreichten. Mit der goldenen Schlüsselrede, die dem Sozialdemokraten gegent. griff Scheidemann die Regierung und die bürgerlichen Parteien an. Er ließ die bisherigen Verhandlungen Revue passieren und wies dabei nach, wie die bürgerlichen „Oppositionsparteien“ vor den Schleppeifäden der Generalstabler feig in die Knie gesunken sind. Ergötzlich war die Stänkung des Allerweltschwägers Erzberger, der zunächst von der Militärvorlage sagte, daß keine Regierung es wagen könne, sie einzubringen und sie womöglich noch zu verteidigen, was geradezu eine Brisisierung des Parlaments sein müsse. Zehn Wochen später hat er dann mit derselben Sicherheit behauptet, indem er für sie eintrat, die Begründung für sie liege jedermann klar auf der Hand. Wie Erzberger umgefallen ist, so das ganze Zentrum, so die ganze fortschrittliche Volkspartei. Mit einer Schärfe, die den alten Raempff, den unparteiischsten aller Reichstagspräsidenten, ganz aus dem Häuschen brachte, geißelte er den Militarismus, diese Organisation moderner Barbarei. Dabei konnte er das furchtbare Blutvergießen aus Erfurt, das gerade bekannt geworden war, anführen. Ein Schrei des Entsetzens und des Aufbäumens ging durch das ganze Haus, als Scheidemann berichtete, daß der militärische Staatsanwalt gegen die sieben unglücklichen Arbeiter, die sich am Tage der Kontrollversammlung im Mause Ausschweifungen hatten zu schulden kommen lassen, 43 Jahre Zuchthaus beantragt hatte! — Gingen bei diesen Auseinandersetzungen die Wogen im Reichstag schon sehr hoch, so wuchs der Sturm sich zum Orkan aus bei dem Duell Bethmann-Scheidemann. Der Reichstagskanzler hatte sich erlaubt, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie meine es nicht ernst mit ihren Vorträgen. Darauf antwortete ihm unser Genosse sofort in einer Art und Weise, die dem Kanzler und seinen Getreuen Hören und Sehen vergeblich ließ. Am besten wurde aber der Kanzler doch abgefutert durch ein von den Sozialdemokraten sofort angeregtes Motiejek, das die entsetzlichen Mindeststrafen für militärische Vergehen ganz wesentlich herabsetzt. Am Montag, also in der nächsten Sitzung schon, wurde das Gesetz unter dem Eindruck der Reden Scheidemanns und Schulz-Erfurt in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen! —

Infolge der Militärvorlage sind neue Lajten von unerhörter Größe notwendig geworden. Zum ersten Male ist erreicht worden, daß diese Steuer auf das Einkommen, auf den Besitz und auf Erbschaften gelegt wurden. Und die Sozialdemokratie hat diesen Steuern zugestimmt. Darab wird es noch Auseinandersetzungen in der Partei geben, unseres Erachtens zu Unrecht. Die Sozialdemokraten haben den Steuern zugestimmt, nicht um die Militärvorlage zu bezahlen, sondern um die zu irrefen, die bisher alle Militärvorlagen bewilligten, die Kosten aber dem arbeitenden Volke aufzubürden. Den besitzenden Klassen wird nun vielleicht doch ein wenig Angst und Bange werden vor weiteren Seeres- und Marinevorlagen. Die Zustimmung er-

folgte also — um es ganz kurz zu sagen: um dem von der Sozialdemokratie programmatifch geforder- ten Steuerprinzip zum Siege zu helfen und die arbeitenden Massen vor weiteren Steuern auf Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände zu bewahren. — Bei der Beratung der Besitzsteuer kam es übrigens noch zu einem Schlupfkampf um die Steuerpflicht der Kirchen. Diese hohen Herren und ihre Vertreter, namentlich der Kanzler, wollten von einer Steuerpflicht der Kirchen nichts wissen. Obwohl in der zweiten Lesung vom Reichstag diese Pflicht festgelegt war, wurde bei der dritten Lesung dieses Votum umgestoßen und — leider — die Steuerfreiheit der Kirchen anerkannt. — Mit der Verabschiedung der Militär- und Steuervorlagen ist ein großer Kampf zum Abschluß gebracht worden. „Wir 110 Sozialdemokraten waren nicht stark genug, die Militärvorlage zu Fall zu bringen, so sprach Scheidemann, aber wir waren stark genug, das wertvolle Volk vor neuen Steuern zu bewahren. Das Volk wird daraus die Lehre zu ziehen wissen, daß es zukünftig noch besser kommen muß, als am 12. Januar 1912!“ — Der sozialdemokratischen Agitation hat die Beratung dieser letzten Vorlagen neuen Agitationsstoff in Fülle und Fülle gebracht.

Gewerkeinspektor Hardegg. Am 16. Juni ist in Stuttgart Gewerkeinspektor Vaurat Hardegg im 53. Lebensjahre gestorben. Mit ihm ist ein Mann aus dem Leben geschieden, dem die Arbeiterchaft weit über Württembergs Grenzen Dank und Anerkennung für sein vorbildliches sozialpolitisches Wirken auf dem schwierigen Posten eines Gewerkeinspektors über das Grab hinaus schuldig ist. Er gab der württembergischen Gewerkeinspektion ein besonders fortschrittliches Gepräge; das brachte ihm den Haß der Bued. Zille und aller bekannnten Schurk-macher in und um den Zentralverband der Indu- striellen in hohem Maß ein. Unter seiner Leitung hat sich in Württemberg ein segensreiches Ver- trauensmännerforum der Arbeiterorganisationen für die Gewerkeinspektion entwickelt. Sein Ziel war eine ihrer Pflichten bewußte Arbeiterchaft und ein sozialfortschrittlich denkendes und handelndes Unter- nehmertum. Ehre seinem Andenken!

Adressenänderungen.

Altenburg. B. B. Kujenseld, Gempelftr. 44 II. Mannheim. H. O. Weßing, Spelzenstr. 19 I. Königsberg i. Pr. V. Althädische Bergstr. 44, Parterre. Breg. R. H. Reimelt, Fischertr. 1411. K. Karl Aloje, Chauer Straße 49.

Veranstaltungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Veranstaltungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns einlaufen.) Naden. Sonntag, den 13. Juli, vormittags 11 Uhr bei Talmun. Naden. Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zittau“. Bonn. Samstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Deutscher Hof“. Brandenburg. Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“. Bremerhaven. Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Langestr. 18. Erdmannsdorf. Dienstag, den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr, „Schweizerhaus“. Erfurt. Dienstag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Seidel, Johannesstr. 16. Gelsenkirchen. Samstag, den 12. Juli, abends 9 Uhr. Götting. Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“. Gagen i. B. Samstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Markaner“. Gannau. Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Mümel. Kiel. Dienstag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“. Mannheim. Samstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Restaurant zur Bergstraße“. Mühlheim-Ruhr. Samstag, den 12. Juli, abends 9 Uhr, „Hollenberg“, Tischwall. München. Samstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Kampfaner“. Werdau. Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 Uhr, „Sopienwille“. Wismar. Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Arbeiterheim“.

Anzeigen

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portsefener u. Fernsgenossen Deutschlands, E. S. 64 in Berlin.

Quartalsversammlungen. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1913. 2. Wahl des halben Vorstandes. 3. Berichterstattung von der Generalversamml. ung zu Frankfurt a. M. 4. Berichtbebenes.

Berlin. Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saal III des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Barmen. Montag, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal bei Karl Sühn, Rildberthaler Straße.

Leipzig. Freitag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, im Volkshaus, Zeiger Str. 32.

Hänberg. Samstag, 12. Juli, abends 8 Uhr, in der Restauration Seibold, Ede Wiesenstraße und Hummelsteinweg.

Verwaltungsstelle Berlin. Jugend-Abteilung. Sonnabend, den 19. Juli

Nachpartie Strassberg-Budow. Treffpunkt 8 Uhr abends Schlesischer Bahnhof, Ausgang Breslauer Straße.

Fahrt bis Nehfelde, dann Marsch nach Garzin. Dabeist Nachquartier (mit Kaffee 0,30 M.). Sonntags Marsch nach Budow, Märkische Schweiz Rückfahrt von Wäncheberg. Gelamkosten 2.— M.

Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Jugend-Ausschuh.

Perfekter Schnur Schneider per sofort in dauernde Stellung nach Berlin verlangt. Gest. Offerten unter 437 an die Exp. d. Bl.

Einladung. Dienstag, den 8. Juli 1913, abends 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15 eine

außerordentl. General-Versammlung der Ortskrankenkasse der Sattler u. verw. Gewerbe zu Berlin

statt, zu der die gewählten Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber hiermit eingeladen werden. Tages-Ordnung. 1. Stellungnahme zum Bescheide des Ober- versicherungsamtes betreffend Nichtzulassung unserer Kasse als besondere Ortskrankenkasse. 2. Antrag des Vorstandes auf Einführung des Tarifes mit den Angestellten.

Da der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ein zahlreicher Besuch notwendig ist, wird um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.

Nur die mit Legitimation evtl. Mitgliedskarte versehenen Vertreter haben Zutritt.

Der Vorstand. R. Ritsche, H. Reichmann, Vorsitzender, Schriftführer.

Tüchtige Wagenfattler sofort gesucht. Zu melden auf dem Arbeitsnachweis Filiale Halle a. S. beim Kollegen D. Stage, Anhalter Str. 8 part. rechts.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einige tüchtige Täschner auf Kunstlebertaschen.

Kaepler & Völker, Magdeburg.